

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Ersteinst wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Bahern.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3892.

Inserate für Stellensmittlung
Preis der sechsgepaltenen Kolonelleile 1 Mark.
Geschäftsinsereate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **366700** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Diskussion, die man in der Tages- und Fachpresse über das deutsche Wirtschaftsleben des laufenden Jahres findet, der Gesichtspunkt, daß auf der einen Seite die Werke von Überhäufung mit Aufträgen reden, während auf der anderen Seite das Mißtrauen gegen den Fortbestand der Konjunktur täglich wächst. Dieses Mißtrauen ist nicht etwa plötzlich entstanden, sondern es sickerte im Gegenteil ganz allmählich durch und ist jetzt schon so weit angewachsen, daß niemand mehr den gegenteiligen Versicherungen der Großindustriellen und der von ihnen abhängigen Presse Glauben schenkt. Deutlich kann man verfolgen, durch welche Erscheinungen dieses Mißtrauen gestärkt worden ist.

Zwei Momente waren es, die den Glauben an den Fortbestand der Konjunktur erschütterten: der stetige Rückgang der Börsenkurse und die Verschärfung der Geldmarktvhältnisse. Schon im vorigen Jahre machte sich ein eigenartiges Mißverhältnis zwischen dem Geschäftsgang bei den Aktiengesellschaften und zwischen deren Kursnotierungen geltend. Während fast aus allen Industriezweigen über flotten Geschäftsgang berichtet wurde, während die Börsenblätter sich bemühten, einander mit glänzenden Schilderungen übermäßiger Beschäftigung im gesamten deutschen Wirtschaftsbetrieb zu übertrumpfen, vermochte sich an den Börsen keine lebhaftere Geschäftstätigkeit zu entwickeln. Das Jammern der in ihrem Geschäft geschädigten Bankiers, das Börsengespies sei schuld an diesen Zuständen, wurde schon dadurch widerlegt, daß auch in anderen Ländern, sowohl in Paris wie in London und New York, die Börsenkurse kein Bild des wirtschaftlichen Aufstiegs gewährten. Die unglückselige Marokkofrage gab die Veranlassung, daß an den Finanzplätzen der ganzen Welt Vorwürfe die Oberhand gewannen. Namentlich Frankreich aber verhielt sich dadurch, daß es aus politischen Gründen die in der Regel an das Ausland verliehenen Beträge zurückzog, eine stärkere Beteiligung der Spekulation an den Effektenmärkten. So verfehlt die Marokkopolitik Deutschlands auch gewesen ist, so hat sie doch dadurch in einer Hinsicht segensreich gewirkt, freilich ohne daß ihre Manager es gewollt haben oder auch nur daran dachten. Die Über Spekulation, die, wie die Geschichte aller Krisen lehrt, an den Börsen vor jedem wirtschaftlichen Rückschlag einzutreten pflegt, ist diesmal wenigstens in ihrem sonstigen Umfang ausgeblieben. Wenn aber das Kapitalistenpublikum keine Luft verspürt, den Aktiengesellschaften ihre neuen Emissionen abzunehmen, so vermögen diese ihre Betriebe nicht unumschränkt zu erweitern und werden dadurch gleichfalls zur Mäßigung gezwungen. Es ist daher nicht, wie jetzt immer aus Unternehmerrreisen behauptet wird, ein Verdienst der Industrie gewesen, daß sie einer bevorstehenden Krise gegenüber stärker gewappnet dastehet als im Jahre 1900, wo die Spekulationsmut vorher in so unerhörter Weise angefaßt worden war, daß der Staat damals so starke Dimensionen annehmen mußte.

Die Zuspitzung der Lage des Geldmarktes hing anfangs mit den politischen Verhältnissen zusammen. Aber dies kam doch nur in dem erwähnten Moment der Geldentziehung durch Frankreich zum Ausdruck. Als die Marokkofontenz beendet war, zeigten sich die französischen Banken zur Abgabe von Darlehen wieder bereit, ohne daß jedoch ein internationaler Geldmarkt eine wesentliche Erleichterung eingetreten wäre. Es zeigt sich, daß andere Ursachen hier ein weit stärkerer Einfluß gewesen sind. Vor allem spielte der amerikanische Geldbedarf eine bedeutende Rolle. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat der Kapitalismus, ungeachtet des nur scheinbar so rigorosen Vorgehens des Präsidenten gegen die Trusts, in den letzten Jahren die üppigsten Blüten getrieben. Hand in Hand mit der beträchtlichen Anjchwellung der wirtschaftlichen Tätigkeit mußte besonders das Bedürfnis nach Verbesserung der amerikanischen Eisenbahnen wachsen; ein Bedürfnis, das ohne Zweifel seine Berechtigung hat. Aber die amerikanischen Börsenregenten haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht; sie haben übersehen, daß eine solche Anspannung der Geldverhältnisse auf die Dauer nicht möglich ist, das heißt, daß man schließlich die Bahnen nicht immer bloß von geborgtem Gelde bauen kann. Daß der ungeheuren Politik der Banken haben sich ja die europäischen Finanzinstitute lange genug bereit erklärt, gegen hohen Zwischengewinn, unter Hintanhaltung der Inlandsinteressen, den Amerikanern ihre Eisenbahnbonds abzunehmen. Endlich kam noch und nicht als unwesentliches Moment hinzu, daß eine ganze Reihe von Ländern Ansprüche an den Geldmarkt gestellt hat, die vorher für diesen internationalen Markt überhaupt nicht in Frage kamen. Es gilt namentlich vom Orient (aber auch von Argentinien), wo die deutschen Bankinstitute mit einer einer besseren Sache würdigen Energie in den letzten Jahren Filialbanken errichtet haben. Nicht zu vergessen ist auch, in welchem Umfang Japan seit dem Kriege mit Rußland an den Geldmarkt herantretet ist.

Die Börse vertritt ja der Standpunkt, daß die augenblicklich eingetretene Stodung nur durch diese außergewöhnliche Anspannung des Geldmarktes herbeigeführt worden ist und bald nach Beseitigung dieses Heimmittels der Aufstieg von neuem beginnen wird. Aber wenn man von einem höheren Gesichtspunkt aus die Dinge betrachtet, so kann man nur zu dem Ergebnis kommen, daß eine ruhigere Entwicklung der industriellen Tätigkeit viel wertvoller ist, als jene überstürzten Schwankungen, die namentlich für die Arbeiterklasse die Gefahr einer Krise erhöhen. Welchen Vorteil haben die Arbeiter davon, daß ein Jahr lang unsere industriellen Werke noch höhere Dividenden verteilen? Daß die Löhne eine entsprechende Erhöhung erfahren, wird selbst der wachstumsfreudigste Kapitalist nicht behaupten wollen; aber auf der anderen Seite erfolgen bei einem

scharferen Rückgang der Konjunktur sofort entsprechende Entlassungen von Arbeitern. Je langsamer und stetiger die Industrie sich entfaltet, desto besser für die Arbeiterklasse, die nicht das Interesse einer Handvoll Bankiers wahrzunehmen hat, deren Profit in den Zeiten eines plötzlichen und scharfen Umschwunges besonders steigt.

Damit soll nicht gesagt sein, daß die Arbeiterklasse von der voraussichtlich eintretenden Gestaltung in der Industrie nichts zu befürchten hat. Daß der Rückschlag bevorsteht, wird ja von den Industriellen noch immer geleugnet, da sie ein Interesse daran haben, ebenföhr ihre Aktien wie ihre Fabrikate zu hohen Preisen an den Mann zu bringen. Und gerade im Augenblick ist es belustigend zu sehen, in welchen Gegensatz sich die Verbände der Eisenindustrie selbst zu den ihnen nahestehenden Zechenblättern setzen. Während die Kölnische Zeitung, die Rheinisch-Westfälische Zeitung und die Kölnische Volkszeitung seit ein paar Wochen angefangen haben, in ihren Berichten über die Aussichten des Eisenmarktes grau in grau zu malen, erklären das Roheisensyndikat, der Stahlwertverband, aber auch das Kohlenyndikat, daß die Nachfrage überhaupt nicht zu befriedigen sei. Wenn man sich aber die Dinge ein wenig genauer ansieht, erkennt man doch, was davon zu halten ist. Daß sich am Roheisenmarkt ein Nachlassen der Nachfrage noch nicht fühlbar macht, kann zugegeben werden, denn dieser Industriezweig ist es ja, der am aller spätesten von einem Umschwung der Konjunktur betroffen wird. Die Kohlenverbraucher versorgen sich gewöhnlich schon für längere Zeit und so kann der Auftragsbestand noch immer recht beträchtlich sein, während in Wirklichkeit der Konsum schon nachzulassen beginnt. Was nun die so überaus rege Nachfrage in Halbzeug betrifft, so wird von den Industriellen leider vergesen hinzuzufügen, daß diese Nachfrage zu einem guten Teile deshalb so stark ist, weil man die Produktion in Halbzeug eingeschränkt hat. Welchen Zweck diese Einschränkung gehabt hat, darüber gehen die Ansichten noch auseinander. Aber die zur Veröffentlichung gekommenen Ziffern des Stahlwertverbandes beweisen, daß in der Tat weniger Halbzeug produziert wird und es kommt noch hinzu, daß bei der Erneuerung des Stahlwertverbandes die sogenannte Verteilungsziffer der einzelnen Werke für Halbzeug und Eisenbahnschienen, das heißt für die sogenannten Produkte A, ermäßigt worden ist. Ein Zechenblatt schrieb vor ein paar Wochen, diese Ermäßigung, die gleichzeitig mit einer Erhöhung der Verteilungsziffern für die leichteren Fertigfabrikate, wie Stabeisen, Draht u. s. w. verknüpft war, geschehe aus dem Grunde, weil die Eisenwerke an deren Produktion mehr verdienen als am Halbzeug. Ob das richtig ist oder nicht, muß vorläufig dahingestellt bleiben, jedenfalls ergeben sich hieraus zwei sehr interessante Momente. Dasselbe Blatt hat ja die Dinge so darzustellen versucht, als ob für die kleineren Walzwerke die Situation dadurch eine bessere wird, daß sie sich mit der Produktion bestimmter Spezialitäten befassen können, die für die großen Werke nicht rentabel erscheinen. Aber in Wirklichkeit liegen die Dinge ganz anders. Im Stahlwertverband sind bekanntlich nur die großen Werke mit eigener Halbzeugproduktion vertreten, die natürlich ein Interesse daran haben, den kleineren Walzwerken das Leben so fauer wie möglich zu machen. Und das scheint jetzt in ausgebeuteter Maße geschehen zu sollen, denn einmal wird durch die geringere Halbzeugproduktion künstlich eine Halbzeugnot herbeigeführt, unter der naturgemäß diejenigen Werke am meisten leiden müssen, die das Halbzeug durch den Stahlwertverband ankaufen. Das aber jnd wieder die kleineren Walzwerke, während die großen Gesellschaften von den Folgen dieser Not befreit bleiben, weil sie ja selbst das zur Verarbeitung notwendige Rohmaterial herstellen und gar nicht durch den Verband zum Verkauf bringen. Ferner aber ist es dem Verband sehr leicht möglich, die Preise für die leichteren Fertigfabrikate herabzusetzen, während die Preise für die Rohmaterialien durch geringere Produktion gehalten werden. Selbst die Rheinisch-Westfälische Zeitung hat in diesen Tagen zugegeben, daß seit Inkrafttreten des neuen Vertrags des Stahlwertverbandes der Schwerpunkt sich von den Produkten A auf die Produkte B verschoben habe. In bezug auf die Preisfeststellung unterliegen aber die Unternehmer bei den Produkten B nicht den Bestimmungen des Syndikats, sondern sie können hier frei schalten und walten und verdienen bei niedrigeren Preisen immer noch genug, weil sie eigenes Halbzeug verarbeiten, während die kleineren Werke dies zu den künstlich hochgehaltenen Verbandspreisen kaufen müssen. Es scheint sich daher mit dem Inkrafttreten des neuen Syndikatsvertrags trotz der vorläufigen Bemerkungen aus Unternehmerrreisen ein scharfer Kampf gegen die kleineren Walzwerke entzünden zu wollen. Dieser Kampf wird schließlich darauf hinauslaufen, die Werke zu billigen Preisen an die großen Gesellschaften zu verkaufen, aber es ist auch nicht unwahrscheinlich, daß durch diese Politik des Stahlwertverbandes das Tempo des Konjunkturrückganges eine wesentliche Verschärfung erfährt.

Die Heimarbeit in der Metallindustrie Bayerns.

Die kürzlich für 1906 erschienenen Jahresberichte der bayerischen Fabrikinspektoren enthalten im Anfang eine beachtenswerte Darstellung der gewerblich-industriellen Heimarbeit in Bayern, die sich auch auf die Metallindustrie erstreckt. Zunächst wird die hausindustrielle Anfertigung von Blechspielwaren, Blei- und Zinnfiguren in Mittel- und Oberfranken besprochen, und zwar in Anlehnung an eine bezügliche Arbeit, die Karl Rosenhaupt kürzlich veröffentlicht hat.

Die bekannte Nürnberger Spielwarenindustrie hat in Nürnberg und Umgebung (Fürth, Zindorf, Sargfabach), neuerdings auch in Muggendorf, neben der Fabrikaltätigkeit eine rege hausindustrielle Tätigkeit hervorgerufen. Diese besteht hier größtenteils in der Anfertigung von einzelnen Teilen, wie Herstellung von

Stimmen für Schloßern und Trompeten, Stangen und Drücken von Schellen oder Kreiseln sowie in der Zusammenfügung der Teile, weiter auch im Lackieren von verschiedenen, zumeist gewöhnlicheren Spielfachen, Kindertrumpeten, Schloßern, Kreiseln, Schaufeln, beweglichen Blechfiguren und anderes, dann im Bemalen von Blei- und Zinnfiguren, vornehmlich der bekannten Blei- und Zinnfiguren. Die Gesamtzahl der Beschäftigten wird zu etwa 1140, meist Frauen, angegeben. „Es ist aber beizufügen, daß sich bei der naturgemäß sehr wechselnden Beschäftigung ohne eingehende Erhebungen, die hier nicht möglich waren, bestimmte einwandfreie Zahlen eigentlich nicht aufstellen lassen, so daß mit der angegebenen Zahl nur der ungefähre Umfang der Heimarbeit angedeutet sein kann. Beizufügen ist noch, daß zur Hauptgeschäftszeit häufig auch die Fabrikarbeiter und namentlich die Arbeiterinnen abends noch Arbeit mit nach Hause nehmen.“

Die Arbeitsteilung ist eine außerordentlich weitgehende; so erfolgt beispielsweise bei der Herstellung der Mundstücke für Kindertrumpeten und Schloßern das Aufnieten der Messingringe auf verzinkte, mit Schlitzen versehene Blechscheiben für sich und wird mit 7 Mk. für 2000 Duzend bezahlt. Damit verdient eine Frau bei mindestens zehnstündiger Arbeitszeit — nach Abrechnung der häuslichen Arbeiten — und unter Beihilfe des Mannes wöchentlich etwa 10 Mk. Diefelbe Arbeit wird auch in einigen hausindustriellen Werkstätten neben den Familienangehörigen von fremden Arbeiterinnen ausgeführt, wobei letztere 6,50 bis 7 Mk. Wochenlohn, nebst Frühstück und Vesperbrat, erhalten. Hierzu wurden vor Erlass des Kinderschutzgesetzes hauptsächlich Kinder verwendet. Für die Herstellung der die Stimmläutchen aufnehmenden Weißblechschiffelchen werden 70 Pf. für 200 Duzend bezahlt. Es ist dies, wenn das Pressen einfach von Hand erfolgt, die volle Tagesleistung einer Frau — neben den nötigsten häuslichen Arbeiten — unter zeitweiser Beihilfe eines etwa zehnjährigen Kindes. Mann und Frau verdienen mit solcher Arbeit unter Verwendung von Handpressen täglich etwa 3,50 Mk. mit einer Tagesleistung von 1000 Duzend bei der hier üblichen etwa zehnstündigen Arbeitszeit. Die Herstellung des aus Zinkblech gebrachten Mundstücks und das Einlegen erfolgt durch Männer unter Beihilfe von Frau und Kindern und wird mit 7 Pf. das Duzend bezahlt. Der wöchentliche Verdienst einer Familie, bestehend aus Vater mit drei Kindern, darunter einem erwachsenen, wurde zu 28 Mk. angegeben, nach Abrechnung von etwa 12 Mk. Spesen für selbstbeschafftes Material. Das Drücken von Gehäufteilen für Kreisel u. s. w. aus Zinkblech erfolgt nur mehr selten außer der Fabrik und wird als Heimarbeit keineswegs geringer bezahlt als die Arbeit in der Fabrik. Ein solcher Metallbrüder in Zindorf, der mit einem erwachsenen Sohne unter Verwendung eigener Drehbänke durchschnittlich zehn Stunden täglich arbeitet, gab seinen regelmäßigen Wochenverdienst zu 15 Mk. an, der sich aber bis zu etwa 27 Mk. steigern kann.

Das Lackieren der Spielfachen wird sehr verschieden bezahlt. Eine Frau, die sich mit dem Lackieren feiner Messingwaren (größerer beweglicher Figuren) befaßt, wogu lange Übung und künstlerischer Sinn erforderlich ist, verdient beispielsweise 30 bis 40 Pf. die Stunde. Es ist dieses allerdings der beste ermittelte Verdienst; bei einfacheren Gegenständen wird nach den erhaltenen Angaben wöchentlich 9 bis 10 Mk. bei normaler und bis zu 16 Mk. bei bis in die Nacht ausgebeuteter Arbeitszeit verdient. Bei gewöhnlichen Blechspielwaren stellt sich der Verdienst einer genügend gewandten Frau auf etwa 10 Pf. in der Stunde. Bei den geringeren Sachen werden auch ältere Kinder mitbeschäftigt, wodurch sich der Verdienst erhöht.

Geringer ist der Verdienst beim Bemalen von Zinn- und Bleifiguren, womit etwa 500 Heimarbeiterinnen beschäftigt sind. Eine geübte Arbeiterin gab ihren Verdienst bei einer Beschäftigungsdauer von morgens 6 bis abends 10 Uhr auf 1 bis 2 Mk. täglich an, und zwar für das Bemalen von 100 Pferden mit aufzustehenden Reitern geringer Größe. Während der angegebenen Arbeitszeit wird nur wenig Hausarbeit verrichtet. Für Farben und Pinsel erwachsen etwa 40 Pf. Auslagen. Bei einer anderen sehr fleißigen und geschickten Arbeiterin schwankt der Verdienst zwischen 15 und 30 Pf. in zwei Wochen. Die gewöhnlichsten Artikel werden nach dem Gewicht bezahlt. Dabei ergibt sich ein Stundenlohn von etwa 6 Pf. Ebenso gering oder noch geringer ist die Entlohnung für das sogenannte Verputzen der Spielfiguren. Kinderarbeit findet dabei entgegen dem gesetzlichen Verbot nirgends noch statt.

Wie der vor einigen Jahren erfolgten Errichtung einer Blechspielwarenfabrik in Muggendorf in der fränkischen Schweiz hat sich in dem dortigen Markt Flecken und dem benachbarten Wüstenstein die Anfertigung von Blechspielwaren für die Fabrik entwickelt; zurzeit sind etwa 70 Personen in dieser Hausindustrie tätig.

Es handelt sich hierbei lediglich um das Zusammenfügen von Blechspielwaren, deren einzelne Teile in der Fabrik hergestellt werden. Die Arbeitsgelegenheit ist von der Bevölkerung als Beihilfe gut aufgenommen; die Heimarbeit wird von der ärmeren Bevölkerung neben der Haus- und Feldarbeit, namentlich aber auch von Handwerkern, wie Schuhmachern, bei flauem Geschäftsgang betrieben.

Für das Zusammenfügen der Spielwaren wird je nach Größe der Artikel für das Gros 20 bis 120 Pf. bezahlt. Eine Familie erzielt 3 bis 6 Mk. Wochenverdienst. Irgeud welche Auslagen sind nicht notwendig. Die Wochenlöhne für die gleiche Tätigkeit in der Muggendorfer Fabrik betragen bei zehnstündiger Arbeitszeit 6 bis 8 Mk. Die Arbeitsgelegenheit ist allerdings keine regelmäßige. Die Arbeit an und für sich ist eine leichte und in gesundheitlicher Beziehung vollständig belanglos. „Zu beklagen ist nur die übermäßige Znanpruchnahme der Kinder, die etwa vom fünften Lebensjahr ab mithelfen müssen! Namentlich an den schulfreien Nachmittagen werden dieselben zur Arbeit herangezogen, oft ohne Vermehrung der gebotenen zweistündigen Mittagspause und in unzulässig langer Arbeitszeit, so daß ein Einschreiten notwendig war.“

jamern, wenn ihnen noch Tausende von Mitbewerbern zu Seite rücken und ihnen das Feld noch mehr einengen, als es nach der Verankerung der Mittelhändler ohnehin schon geschieht.

Besonders ist unser Scharfmacherlein den Tarifverträgen abgeneigt, weil sie einen Mindestlohn auch denen verbürgen, die im Dienste des Unternehmertums alt geworden und nicht mehr ganz so wie früher leistungsfähig sind. Er sieht sich vor die Frage gestellt: „Entweder ruiniere ich mich für den Gehilfen aus Humanitätsgesühl oder mein Gehilfe muß sich um eine Arbeit umsehen, bei welcher seine Leistungsfähigkeit mit dem Lohne noch Schritt hält. Dieses Angebot müssen wir zu einem solchen Gehilfen sagen: „Es ist zu Ende; Sie schauen sich jetzt um eine Beschäftigung um, der Sie noch mit Ihren physischen Kräften gerecht werden können.“ Nun ist aber das doch höchst unsozial, wenn ein Mann, der fast ein ganzes Leben seinem Beruf geopfert hat, auf diese Weise ausgeschlossen werden muß, und zwar wegen dem von der Gehilfenschaft vertretenen und erkämpften System. Viel menschlicher ist es, wenn man diesen Gehilfen, wenn er auch älter wird, im Geschäft beläßt und beschäftigt und durch vernünftige Aussprache mit ihm noch einen Lohn geben darf, mit dem er zufrieden ist und mit dem der Meister noch rechnen kann, als für minderwertige Leistungen Entschädigungen zu beanspruchen, die wir beim besten Willen nicht bezahlen können.“

Herr Geißler hat recht, es ist höchst unsozial, einen Arbeiter, der sein ganzes Leben seinem Beruf, das heißt dem Unternehmertum, geopfert hat, auf das Pflaster zu werfen. Aber es ist nicht minder unsozial, von seiner Notlage Gebrauch zu machen und ihm die Wahl zu stellen: entweder zu fliegen oder sich mit einem Lohne zu begnügen, bei dem er langsam aber sicher verhungern kann — denn darauf läuft, wenn man den Stand der bei uns üblichen Löhne in Betracht zieht, eine Herabsetzung des Lohnes hinaus. Wenn die Handwerksmeister glauben, so handeln zu müssen, um sich nicht „aus Humanitätsgesühl zu ruinieren“, dann ist es die höchste Zeit, daß das Handwerk einer Betriebsform Platz macht, die anständige Löhne zahlen kann, ohne zugrunde zu gehen. Wenn die Großindustrie, wie aus der Zustimmung der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung hervorgeht, auf denselben Standpunkt steht, so ist bei ihren Knieengewinnen die Gefahr des Ruins ausgeschlossen; hier ist es das Herrmentum, das keine Einschränkung seines Vorrechtes in der ausschließlichen Bestimmung der Lohn- und Arbeitsbedingungen dulden will.

„Das allgemaine Bravo, das dem Vortrag Geißlers folgte, war wohlverdient!“ — schreibt die Arbeiter-Zeitung. Wir wissen es: die kleinen Scharfmacher und Ausbeuter geben den großen nichts nach an Beschränktheit und Rücksichtslosigkeit. Die Arbeiter werden sich durch ihre Geschrei nicht irren machen lassen, sondern fortfahren in der Stärkung ihrer Organisationen, die der Grund ihrer Macht und die Bürgschaft ihres Sieges sind.

Amerikanische Verhältnisse.

Von Chagrin.

New York, den 10. Mai 1907.

I.

Die moderne Arbeiterbewegung ist in Amerika noch schwach. Dies ist männiglich bekannt. Aber nicht die ganze Größe ihrer Schwäche und deren Ursachen. Es ist billige Rederei, von großen Fortschritten zu reden oder von in allernächster Zukunft zu erwartendem großem Aufschwung. In Amerika stoßen die sozialistischen Pioniere und die der modernen klassenbewußten Gewerkschaftsbewegung auf viel gewaltigere Schwierigkeiten. Die gesellschaftliche Basis, auf der sie ihre Arbeit beginnen, ist in politischer, ökonomischer und moralischer Hinsicht eine viel ungünstigere als in den westeuropäischen Staaten. Jedenfalls paßt für die hiesigen Verhältnisse keine fremdländische Schablone.

In den nächsten Aufsätzen soll die Erforschung der Ursachen begonnen werden, die das Aufgehen des von unseren Propagandisten gestreuten Samens verhindern und die Flugkraft des sozialistischen Gedankens beeinträchtigen, ja oft ganz vernichten. Mit anderen Worten, es sollen vorerst dargelegt werden vor allem die Schwierigkeiten einer klassenbewußten Organisation der Arbeiterklasse durch Schilderung der Verfechttheit der amerikanischen Gesellschaft und der daraus resultierenden moralischen und technischen Folgen auf die Gedanken- und Gefühlswelt des Durchschnitts-Proletariats Amerikas.

Die überwälzende Mehrheit des amerikanischen Proletariats ist jedes Klassenbewußtseins bar. Das gilt für die proletarische Allgemeinheit wie auch für die organisierte. Der Durchschnittsarbeiter ist überzeugt, daß Amerika das beste Land der Welt ist. Und sie leben in dem Wahne, daß sie als freie amerikanische Bürger nur zu wollen brauchen, um sich etwa zeigenden üblen Verhältnissen die gemüßigte Gewalt zu geben. Dabei hat es für sie kein Bewenden. Leider! Leider in zweifacher Hinsicht. Leider, weil im Interesse des Arbeiters gar vielen eine andere Gewalt zu geben wäre: und leider, weil, wenn es einmal zu erstem Wollen käme, diese schrecklich blühende Naivität blutigen Schiffbruch erleiden würde.

Die weitaus größte Zahl der amerikanischen Gewerkschaften kann mit dem deutschen Hirsch-Dunderberg-Gewerksverein einen Vergleich aushalten. Aber dieser Vergleich hilft auch. Denn hier haben sie einen härteren Stütz ins Patriotische und geben noch mehr auf „gute Beziehungen“ zum Unternehmertum. Das will gewiß schon viel sagen. Eine derartige Auffassung und Ausföhrung der

Gewerkschaftsprinzipien kann die amerikanische Woffe (Woff = Herr) kalt lassen. Und andererseits kalkulieren die Woffe von ihrem Standpunkt aus ganz mit Recht, daß es für sie einträglicher sei, den zahnlosen Arbeiterorganisationen gegenüber eine Stellung einzunehmen, deren Grundton auch auf „freundschaftliche Beziehungen“ gerichtet ist, in guten Zeiten ihnen einige zarte Brocken hinzuzwerfen und die Führer der Arbeiter mit fetten Böttchen, Anerkennung in bar und Sanftmützig zu traktieren. Es muß hierbei immer wieder darauf hingewiesen werden, daß in Amerika Ehrlichkeit und Unbestechlichkeit mit Arbeiterorganisationen oder Gewerkschaftsbeamten oft nicht synonym ist.

Neben dem großen Troß dieser harmonieduselnden Unions, um nichts schlimmeres zu sagen, gibt es glücklicherweise einige wenige, die von Klassenbewußtsein und sozialistischem Geiste durchdrungen sind und die ehrlich sind. Aber gegen diese ehrlichen Verfechter der Arbeiterinteressen waltet das Unternehmertum mit einer Brutalität, wie sie die europäische Arbeiterschaft nur vom Hörensagen kennt. Nur vielleicht im heutigen Rußland können Analogien gefunden werden. Diese paar wirklichen Arbeiterorganisationen haben vom Tage ihres Bestehens an einen Kampf auf Leben und Tod zu führen. Ihren Weg bilden Marksteine, die Inschriften wie Mord, Mordanklagen, Vergewaltigung, Freiheitsberaubung, Menschenraub, Sprengungsversuche, Spionage etc. tragen, Inschriften, die verbrecherische Unternehmerhände eingemeißelt haben. Wenn einmal die Geschichte von diesen wirklichen klassenbewußten Arbeiterorganisationen geschrieben wird, sagen wir beispielsweise die der Western Federation of Miners (Westliche Bergarbeiterorganisation), dann wird man in ihr Episoden finden, wie sie etwa der gegenwärtige Kampf gegen die Reaktion in Rußland aufweist. Zur Stunde ist ein Prozeß gegen die drei Häupter jener Bergarbeiterorganisation im Gange, wobei die Unternehmer hoffen, die drei Gewerkschaftsbeamten an den Galgen zu bringen. Dieser Prozeß ist eine Neuauflage des Chicagoer Arbeitermordes von 1887. Wir werden ihm nächstens einen speziellen Artikel widmen.

China ist gewiß: so lange der amerikanische Arbeiter sich kräftig ausbeuten läßt, alle Fußtritte mit feinem fleischigsten Körper teil partecit und dabei brüllt: My country tis of thee* —, so lange wird er eben behandelt wie ein fleißiges, gutes Arbeitstier. Dieses bekommt bekanntlich für treue Arbeit etwas grünes Futter und etwas mehr Peitsche. Sobald er aber zum Erwachen und zum Bewußtsein seiner Lage kommt, sobald er für seine Interessen eintritt, wie es einem rechten Proletarier geziemt, dann erhält er Kerker, Säbel und Blei. Und dies in weit ausgebeuteterem Maße als in Europa. Wenn die Arbeiter in diesem Lande sich einmal mannschaft erheben würden, wie die deutschen es schon vor Jahrzehnten taten, würden sie Brutalitäten auszuüben haben, gegen die das deutsche Sozialistengesetz nur ein Kinderpiel wäre. Und sie werden diesen Kampf, die Reinigungsarbeit viel weiter vorn beginnen müssen und er wird stärkeren Einfluß an Gut und Blut fordern; auch wird er länger dauern. Ehe einmal die größten Ecken der Korruption, des öffentlichen Diebstahls aus den Poren der amerikanischen Gesellschaft geschafft sind, nur der moralische Gefühlsprozess in ein fortgeschrittenes Stadium gebracht ist, werden noch viele Geschlechter kommen und gehen.

Wir sagten, der Kampf wird hier ein schwerer, mehr Opfer heischender, ein längerer werden. Diese Behauptung wird klar, wenn man in Betracht zieht, daß hier Unternehmertum, Polizei, Justiz auf eins hinausläuft. Ausbeuter, Ankläger, Richter, Hüter und Henker — alles eins, nur verschiedene Benennungen. Wirtschaftliche Macht und Staatsgewalt — eine Sache, nur mit doppeltem Namen. Die Regierung der Vereinigten Staaten sitzt nur dem Namen nach im Weißen Hause zu Washington, in Wirklichkeit in der Wall-Street** zu New York.

Ja aber, wird man einwerfen, die Regierung, die gesetzgebenden Körperschaften, Justiz und sonstiges Beamtentum werden doch vom Volke mittels eines sehr freien Wahlsystems direkt oder indirekt gewählt. Allerdings! Ganz richtig! Nur hat die Sache einen Haken, und das keine kleinen. Fast so lange als Amerika politische Existenz hat, gibt es zwei politische Parteien: die republikanische und die demokratische. Diese Adjektive klingen ganz solid für europäische Ohren. Hier scheinen sie nur zur Täuschung gewählt zu sein. Neben diesen beiden Parteien haben auch dritte das Licht der Welt erblickt. Aber sie sind, abgesehen von ein paar Ausnahmen, schneller verschwunden als sie gekommen sind. Jedenfalls hat keine der dritten Parteien einen nennenswerten Einfluß auf die Geschichte des Landes auszuüben vermocht. Einen Unterschied in den Programmen der beiden Parteien vermögen wir nicht zu entdecken, und noch viel weniger einen in ihrer Tätigkeit. Das Übergewicht, die politische Macht, fällt bald der einen, bald der anderen zu. Dies gilt für das gesamte Land und im besonderen auch für die einzelnen Staaten.

Die Woffe der beiden Parteien sind in letzter Linie die kapitalistischen Truhs, das Unternehmertum. Die straffen Parteiorganisationen zwingen den ganzen Beamtenapparat vom ersten Staatsbeamten bis zum letzten Polizisten in ihre Dienste. Wer gewählt werden will, muß in der Partei tätig gewesen sein, oder besser, wer irgend einen Posten will, muß sich ihrer Vorprache vergewissern. Diese gibt's natürlich bloß, wenn jahrelange Parteiliebe und Wei-

* Amerikanische Nationalhymne.
** Das Quartier der Bank- und Truidirektionen.

träge aufgewiesen werden können. Es ist lazes Geschwätz, wenn behauptet wird, in Amerika spiele nur persönliche Lichthigkeit bei der Anstellung eine Rolle, dagegen sei Protektion und dergleichen unbekannt. Im Gegenteil! Man braucht sich nur um die Stelle eines beliebigen Schreibers oder Korrespondenten in einer Fabrik zu bewerben, da kann man sofort sehen, was es mit dem Abhandeln der Protektion auf sich hat. Und wer gar eine staatliche Anstellung, sagen wir nur eine als Clerik oder Übersetzer haben will, kann ohne Vorprache eines politischen Tieres überhaupt keine erhalten. Wer sich der Gunst eines solchen erfreut, kommt auch über die schwierigsten Hindernisse hinweg. Wer Straßenkehrer oder Polizist werden will, soll amerikanischer Bürger sein. Vor einigen Wochen lasen wir, daß politischer Einfluß auch diese Bedingung, den Besitz des Bürgerpapiers für diverse Angestellte, überwunden hatte. Auf jeden Fall ist der politische und gewöhnliche Nepotismus in Amerika in schrecklichster Blüte zu finden. Nur ein erfolgreich fechtendes, pünktlich zahlendes und züchtig agitierendes Individuum findet Gnade und Belohnung von den Parteibossen. Hat so ein Streber den Gipfel seiner Wünsche erreicht, so denkt er an alles andere eher, als an die pflichtgemäße Ausfüllung seines Postens. Vorerst gilt seine Aufmerksamkeit der Nachterhaltung seiner Partei. Denn nur dadurch kann er im Besitz seiner Einkünfte bleiben. Dann trachtet er, sich für seine Mühen und Auslagen auf irgend eine Weise zu entschädigen. Die Stellung ist für ihn nur die Quelle für persönlichen Reichtum. Einige Ausnahmen, die da und dort vorkommen, beschäftigen eben nur die Regel.

Da ist zum Beispiel Roosevelt, der als „Man of Destiny“ bewundert wird. Er kämpft gegen die Truhs und die Korruption. Daß dieser sein Kampf eitel Spiegelschere ist und bleiben wird, konnte keinem Eingeweihten entgehen. Es ist männiglich bekannt, daß er mit dem Geiße der Truhs gewählt wurde. Aber daß er den Eisenbahnkönig Harriman, einen Millionendieb, um 250000 Dollar anstellte, um 50000 Stimmen für seine (Roosevelts) Wahl laufen zu können, bewiesen erst die letzten Wochen.

Kurz, die Beamten von unten bis oben sind die Angestellten der Parteien, in letzter Linie der Woffe, des organisierten Unternehmertums. Zeigen sich nun irgendwo Organisationen oder Männer, die es wagen mit den Interessen der Arbeiter zu tun, dann stürzt sich die ganze kapitalistische Meute auf sie. Wenn sie, wie gewöhnlich, weiter nichts getan haben, als die proletarischen Interessen zu vertreten, dann „läßt“ man ihnen etwas tun, um eine gewisse Handhabe zum Einschreiten zu haben. Gewöhnlich werden zuerst die Agenten der Pinkerton-Agentur losgelassen. Diese Agentur ist eine machiavellistisch eingerichtete, jesuitisch geleitete, jedenfalls stark organisierte Bande von Achtgroßentungen. Sie sucht, natürlich im Auftrag und für gute Bezahlung der Unternehmer, ihre Trabanten in die Organisationen zu bringen. Sie werden sofort in die Fabrik eingestellt, müssen die Kameraden scharf bewachen, die Zahl und Namen der Mitglieder genau notieren und alltäglich über dieses und ihre sonstigen Schritte eingehend berichten. In den Versammlungen huldigen sie, wenn dem Unternehmer passend, den radikalsten Aktionen, rufen eventuell zum Streik oder gar zum Verbrechen an. Wicht eine Lohnbewegung aus, dann trachten sie, wenn sie nicht vorher zum Vorstand gehören, in das Streikkomitee zu kommen. So sitzen sie an der Quelle. Jeden Beschäftigten, jedes Projekt weis der Unternehmer und leitet in gewissem Sinne durch die Pinkertons die Lohnbewegung. Jedes unbedachte oder scharfe Wort, jeden Antrag, die Höhe der auszubehaltenen Unterstützung, den Inhalt der Streikliste, jeden Brief kennt der Ausbeuter. Aber nehmen wir von den vielen Beispielen eins heraus:

Im Jahre 1905 gelang es einer Kreatur der Pinkerton-Agentur, Vorsitzender des Unterstützungsvereins der Smeltermen in Denver, Colorado, zu werden. Der Chef des Unternehmens, in dem die beste Zahl der Mitglieder des Vereins arbeiteten, befahl dem Spitzel, die Unterstützungen so hoch wie möglich zu gewahren, um die Kasse zu sprengen. Diese Liberalität des Unterstützungs-ausschusses brachte ihm die größten Sympathien der Masse der Mitglieder. Er wurde sogar zum Delegierten für den Kongreß der Western Federation of Miners gewählt, und hörte somit jedes Wort und Projekt der Kongreßdelegierten. Am jedem Abend hatte die Pinkerton-Agentur und der Unternehmer (Mc. Parland) einen ausführlichen Bericht. Die Unterstützungsauszahlungen wurden riesig genug, um den Zentralkassier der Föderation zu veranlassen, auf Reduzierung derselben zu dringen. Nun gab der Unternehmer seiner Kreatur den Befehl, den Mitgliedern auseinanderzusetzen, daß die Zentrale nur schuld an der Schwächung der Unterstützung sei. Die Folge war eine Mißstimmung gegen die Zentralorganisation und eine Spaltung der Mitglieder.* Glücklicherweise nur vorübergehend.

Dem Unternehmer gelang es aber nicht, die Organisation zu vernichten. Was nützen ihm die Spitzel, wenn die vereinigte proletarische Solidarität auf diesem Wege nicht zunichte gemacht werden kann? Was hilft es ihm, daß seine Jahnken zu Streiks, Unruhen und anderem Teufelswerk aufreizen, die Organisierten aber ruhig Blut bewahren und auf gesetzlichem Boden bleiben? Nun, dann müssen von den Spitzeln Verbrechen begangen oder ausgeheckt und Zeugen gefaßt werden, um die Todfeinde an den Galgen zu bringen; oder, wenn das nicht geht, sie hinter Schloß und Riegel zu stecken.

* Aus: The Pinkerton Labor Spy, page 64 ff.

einen Teil der Außenhaut bilden. Vor diesem nur in die Außenhaut eingeschrittenen Schalloch wird eine Schallplatte dicht angebracht. Auf diese ist ein Elektromagnet aufgesetzt, der wiederum in ein aus magnetischem Metall bestehendes Gehäuse eingeschlossen ist. Mittels Schrauben wird der Elektromagnet gegen den Rand des an der Schallplatte anliegenden Bodens des Gehäuses gedrückt. Sobald nun in die Richtung des Elektromagneten Wechselstrom eingeleitet wird, hebt sich die Schallplatte in Schwingungen, die sich auf das Wasser übertragen und von diesem weitergeleitet werden. Mit einer Anzahl von Spulen kann man nun Töne von verschiedener Höhe erzeugen und nach der Empfangsstation übertragen, so daß man so leicht die verschiedensten Signale weitergeben kann. Besonders hervorzuheben ist, daß man bei diesem Verfahren nicht nötig hat, Glocken über Bord in das Wasser hängen zu lassen, was während der Fahrt oft Anlaß zu Schwierigkeiten bietet.

Der Maschinenfabrik Kaupach in Görlitz ist ein durch ein Gegengewicht aufgewogenes Rückflügelventil geföhrt worden, welches für Gasleitungen zum Kesselbau und Gaspörsen bestimmt ist. Das Ventil besteht aus einer Klappe, die mit einem Ringkranz versehen ist. Die Klappe taucht in einen Wasserbehälter, der mit der Atmosphäre in Verbindung steht. Sobald nun eine Explosion eintritt, wird das Wasser rasch außen geföhrt und das explosive Gemisch entweicht in die Atmosphäre und so kann ein Bersten oder Zerplatzen der Rohrleitung nicht eintreten.

Unter der Bezeichnung „Lary-Loags“ (auf deutsch Golenkänge) in zwei Varianten eine Feuerrettungsleiter geföhrt worden, die sich als durchaus brauchbar erwiesen hat. Die von Wilhelm Lary konstruierte Leiter stellt eine sogenannte „Hörnberger Schere“ dar, die auf einem Wagen montiert ist. In gewissen Abständen, etwa der Höhe der Stäbe entsprechend, sind Podeste angeordnet,

die seitlich aufklappbar sind. Vorn und hinten sind Vorrichtungen zum Aufwinden der Leiter angebracht. Außer Betrieb liegt sie zusammengeklappt auf dem Wagen. Die von John Holm erfundene Leiter ist ähnlich, aber wesentlich einfacher. Auch er arbeitet mit der „Hörnberger Schere“, die diesmal auf einem Motorwagen montiert ist. Die seitlichen Podeste läßt er wegfallen und ordnet dafür oben eine Plattform an. Von dieser Plattform aus werden Podeste nach den Seiten vorgezogen, außerdem ist noch im Zentrum der Plattform eine Drehvorrichtung, die die bekannte Wasserstrahl-Düse betätigt, vorgezogen. Das Hochziehen geschieht durch einen Motor. Zusammengeklappt sieht diese Konstruktion wesentlich einfacher aus, ihr Transport ist auch bequemer.

Ein neuer Fortschritt ist wieder auf dem Gebiet des Beleuchtungswezens zu verzeichnen. Der Auergesellschaft ist es gelungen, eine Glühlampe von hundertertiger Leuchtkraft zu konstruieren. Diese Lampe bildet das Bindeglied zwischen der Glühlampe und der Bogenlampe und wird sowohl in Stimmform als auch in Kugelform hergestellt. Sie kann in jeden Fassungskörper eingeföhrt werden und bildet also den vollwertigsten Ersatz für kleine Bogenlampen. Dadurch, daß jedwede Bedienung der Lampen möglich ist, ihr Arbeiten sehr billig, ganz abgesehen von dem geringen Stromverbrauch. Wohl jedem sind die Nachteile der kleinen Bogenlampen, zum Beispiel Einsehen von Kohlenstäben, deren kurze Brenndauer sowie das oftmalige Schlechte Regulieren, verursacht durch Eindringen von Staub- und Schmutzteilchen in den Vorrichtungsmechanismus, bekannt. Da die Lampe außerdem noch billiger ist, findet sie jetzt vielfach Verwendung. Bedauerlich ist, daß sie nur für eine Spannung von 110 Volt vorgezogen ist, also nur in Netzen von 110 Volt parallel geschaltet werden kann. Ein Hintereinanderschalten zweier Lampen in Netzen von 220 Volt Spannung ist nicht angängig, da eine der-

artige keine Abstimmung der aus einem Spezialmetall angefertigten Fäden leider noch nicht möglich ist.

Daß Amerika das Land der unbegrenzten Möglichkeiten auch in der modernen Fernsprechtechnik ist, erhellt eine Mitteilung einer der ersten amerikanischen Fachzeitschriften. So betrug die Zahl der öffentlichen Fernsprechstellen am Ende des Jahres 1906 beinahe drei Millionen. Man kann dadurch einen Begriff von dem Gebrauch dieses für das heutige Erwerbsleben so wichtigen Apparats bekommen, daß man die Durchschnittszahl der täglichen Gespräche erfährt. Sie betragt annähernd 16 1/2 Millionen. In dem Jahre 1907 ist nun die Erweiterung des Fernsprechwesens bereits so weit gediehen, daß auf je 23 Einwohner der Vereinigten Staaten ein Teilnehmer fällt.

Allgemein bekannt ist, daß die Preissteigerung des Kupfers in den letzten Jahren eine ganz enorme gewesen ist. Man hat daher die Verwendung des Aluminiums als Leitungsmaterial wieder in den Vordergrund treten lassen und hat hierbei herausgefunden, daß der spezifische Widerstand, das heißt der Widerstand, der dem Material eigen ist, annähernd der gleiche wie beim Kupfer ist. Von hoher Wichtigkeit hierbei ist, daß das Gewicht einer Aluminiumleitung bedeutend geringer ist, als auch der Preis bei Verwendung von Aluminium um 75 Prozent differiert, eine enorme Ersparnis, wenn man bedenkt, wieviel Kupferdraht bei einer modernen elektrischen Anlage zur Verwendung kommt. Aber auch einige elektrische Vorzüge der Aluminiumleitung dürfen nicht außer acht gelassen werden. Infolge des größeren Durchmessers der Aluminiumleitung in Vergleich zur Kupferleitung ist die Wärmeföhungsfläche bedeutend größer und deswegen kann die Leitung erheblich mehr belastet werden. Ein Nachteil ist nur die geringe Festigkeit. Darum muß bei Freileitungen der Abstand zwischen den einzelnen Masten geringer gewählt werden.

Das Streikreglement wurde mit geringen Änderungen der bisherigen Form angenommen.

Das gesamte Statut wird hierauf angenommen. In der Nachmittagsitzung, die wieder öffentlich war, erstattete Weinheber-Hamburg den Bericht der Beschwerdekommision.

In der Angelegenheit der Beschwerde des Vorstandes gegen den Ausschuss, wegen der schärfen Ausdrücke im Bericht des Ausschusses, ersuchte die Kommission den Ausschuss, die Stellen zu freizeichnen.

Ein Antrag auf Verlegung des Ausschusses von Frankfurt nach Hamburg wurde abgelehnt.

In die Kommission zur Beratung einer Vorlage zur Einführung von Staffelbeiträgen wurden gewählt: Krause-Gemüth, Kalnbach-Hamburg, Dörmann-Frankfurt, Thebus-Gena, Holzinger-Nürnberg, Körten-Berlin, Münzinger-Mathemou.

Zur Maifeier wurde beschlossen, die Beschlüsse der Leipziger Generalversammlung bis auf weiteres in Kraft zu lassen, da zu einer eingehenden Debatte die Zeit zu weit vorgerückt war und die Angelegenheit ohnehin auf dem nächsten Internationalen Arbeiterkongress zur Sprache kommen wird.

Die Versicherung der Verbandsfunktionäre gegen Unfall behandelte dann noch Schlichte. Die Privatversicherung hat nach dieser Richtung versagt. Es handelt sich nicht nur um die Verbandsbeamten, sondern auch um die Kollegen, die im Nebenamt tätig sind.

Es wurde beschlossen, 2 pro Mille der Beiträge zur Unterstützung aller Verbandsfunktionäre bei Unfällen zurückzulegen.

Der Vorstand beantragte der Vorstand: „Dem von den Verbandsbeamten errichteten und bisher hochgehaltenen Versicherungsverein wird der Beitritt bei Überweisung seines Vermögens und Leistung von Beiträgen der Mitglieder in der Höhe von zwei Prozent ihres Gehaltes gestattet.“

Die Wahl zur Verbandsleitung ergaben folgendes Resultat: Schlichte, 1. Vorsitzender, Reichel, 2. Vorsitzender, Werner, Kassier, Massalich, Sekretär. Als Redakteure Scherim und Quitt. Als Vorsitzende des Ausschusses wurden Weißig und Siegel gewählt.

Smutny-Wien dankte im Namen sämtlicher ausländischer Delegierten für die freundliche Aufnahme und die Anregungen, die sie empfangen haben.

Schlichte dankte den ausländischen Gästen und dem Lokalkomitee. Der diesjährige Verbandstag sei das größte Parlament des Verbandes seit seinem Bestehen gewesen. Wir haben uns bemüht, besonders die Satzungen des Verbandes so zu gestalten, daß jede Unklarheit ausgeglichen bleibt und daß wir den Mitgliedern gegenüber das voll verantworten können, was wir geschaffen haben.

Eine Aussperrung auf dem Schwarzwalde in Sicht?

Bekanntlich waren die Uhrenarbeiter des Schwarzwaldes im vorigen Spätherbst in eine Bewegung zur Verbesserung ihrer Lage eingetreten, mit dem Erfolg, daß die Unternehmer wohl eine kleine Anzahl Verbesserungen machten, auch 25 Prozent für Überstunden zufließen und die 1 1/2 stündige Mittagspause einzuführen versprochen. Es soll nun nicht geleugnet werden, daß sich eine Anzahl Firmen bemüht, besonders große Mühsal abzustellen, auch sonst bestrebt waren, die Zusicherungen einzuhalten und wenn die Arbeiter an sie mit Wünschen herantreten, diese zu berücksichtigen. Doch das waren die wenigsten. Die meisten kümmerten sich keinen Cent um die gemachten Versprechungen und es bedurfte stets eines ganz nachdrücklichen Auftretens, wenn die Arbeiter nur halbwegs zu ihren Rechten kommen wollten. In einzelnen Betrieben gab es jedoch im Gegenteil Abzüge über Abzüge und immer mehr wurde versucht, aus den Arbeitern noch mehr Mehrwert herauszupressen. Besonders in Bezug auf das Akkordwesen wurde erkannten geleiht und besonders die Firma Johann Jäckle in Schwenningen war eine vor denen, wo es an mündlichen Versprechungen zwar nie fehlte, wo aber das Galten von den Arbeitern nicht gespart wurde. Endlich riß den dort beschäftigten Kollegen der Geduldsfaden und sie machten ihrer Firma in der höchsten Form eine Reihe von Vorwürfen, die im wesentlichen darin gipfelten, daß die 9 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt werden solle, daß mit jedem Arbeiter ein bestimmter Stundenlohn vereinbart werden solle, der z. B. 70 bis 80 Prozent des durchschnittlichen Akkordverdienstes betrage und dann noch eine generelle Regelung der Akkordarbeit in der Weise, wie sie die Industriellenverbände Schwabens und Südbayerns schon seit längerer Zeit anerkannt haben. Der sich als großer Sozialpolitiker ausspielende Herr Jäckle machte nun alle möglichen Ausflüchte. Er verschänzte sich in erster Linie hinter seinen Verband, erklärte unter keinen Umständen mit der Organisation der Arbeiter irgend etwas zu tun haben zu wollen und zu dürfen, aber seinem Arbeiterauschuss stünde es frei, sich jederzeit ihm mit Vorwürfen zu nähern. Als dieser aber kam, gab es eben wieder nichts als Ausflüchte, von Jugendandnissen keine Spur und obendrein kam als erstes und letztes, er wolle sich aber überhaupt immer zuerst bei seinem Verband erkundigen, ohne den dürfe er überhaupt nichts machen. Also die Arbeiterorganisation schaltete man aus, aber die eigene Organisation bestimme. Es blieb den dortigen Kollegen z. B. 80 an der Zahl, man nichts übrig, als zu kündigen. Nun ging der Spektakel los. Die Herren Unternehmer mienen nun den letzten Mann. Nicht das es ihnen eingefallen wäre, die Vorwürfe der Arbeiter objektiv zu prüfen, nein, im Barch und Bogen wurden die Vorwürfe der Arbeiter zum Teil als schon längst zugestanden (!), zum Teil als ohnehin unüberwindlich erklärt, und das erste war, daß man von den Arbeitern verlangte, die eingereichte Kündigung zurückzunehmen. Man hatte ja mit dieser Drohung bei der Jahresversammlung in Reiberg so schöne Erfahrungen mit den Christlichen gemacht, warum sollte man dies hier nicht auch probieren? Dort war kaum verlangt worden, daß die Kündigung zurückgenommen werden müsse, als diese Unternehmerrückfälle, folgiam, wie sie nur einmal sind, dem Verlangen auch schon nachgaben. Doch bei Jäckle geht es auf einmal nicht. Dort kümmern sich die Kollegen nicht um dieses Verlangen, sondern sie haben die „Dreifaltigkeit“, daß, wenn sie schon einmal die Kündigung zurücknehmen wollen, sie auch entsprechende Gegenstände erhalten. Aber die Unternehmer lassen nicht aus. Sie wollen ja

den Kampf nicht, aber die Großen wissen, daß bei einem eventuellen wirtschaftlichen Kriege sie die letzten sind, die nicht die Kosten wieder hereinbringen würden. Spüren dürften es nur die Kleineren, und wenn die draufgehen, nun, so kann man so ungenierter die schon längst in Geburtswehen liegende Preislenkung durchsetzen und ist schon unter sich. Kann man nebenbei der so verhassten Arbeiterorganisation noch ein mit ausweichen, so schadet es erst recht nichts. Man hielt nun Sitzung über Sitzung und kam zu dem Beschluß, daß, wenn die Kollegen von Jäckle die Kündigung nicht bedingungslos zurücknehmen, am Samstag allen Arbeitern in Schwenningen auf den 15. Juni und, wenn bis zum 6. Juni die Differenzen nicht beigelegt sind, allen Arbeitern des Schwarzwaldes gekündigt werden soll. Das heißt, erst wird den Arbeitern noch ein Zettel vorgelegt; auf diesem soll jeder Arbeiter sich unterzeichnen, ob er mit seinen Verhältnissen zufrieden ist oder nicht. Wer zufrieden ist, darf bleiben, wer nicht, kann in die Sommerfrische gehen. Nun, mit dem Lesen der Unterschriften dürften die Herren Fabrikanten wohl wenig Arbeit haben, denn soviel bekannt ist, wird kein Arbeiter unterschreiben, da er sich damit doch für immer die Hände binden würde, denn sobald er Wünsche äußern würde, würde es heißen: „Was wollen Sie denn? Haben Sie nicht unterschrieben, daß Sie zufrieden sind?“ Neben dem Wunsche der Hauptfabrikmacher, die Arbeiter auszusperrern, ist aber noch etwas anderes zu bemerken, und das ist der Zweifel, wer denn auch aussperrern wird. Es ist ja ganz nett, solche Beschlüsse zu fassen, aber wenn es an die Ausführung geht, wäre es doch schöner, wenn man sich von solchen Dingen drücken könnte, und es ist schon eine ganze Reihe von Unternehmern vorhanden, die erklärt haben: Laß die nur beschließen, die geben mir ja doch nichts, wenn ich keine Arbeit habe. Nebenbei zeigt es von wenig Sozialpatriotismus, auf dem schönen Schwarzwald zur Hochaison des Fremdenverkehrs einen großen wirtschaftlichen Kampf heranzubekommen, und die anderen Bewohner des Schwarzwaldes mögen sich bei den paar Uhrenfabrikanten, die in ihrem Herrengefühl den Arbeitern jedes Recht verweigern, für den dadurch entstehenden Schaden bedanken. Die Arbeiter sind die letzten, die einen solchen Kampf wollen, sie bieten jederzeit die Hand zum Frieden, aber von Tag zu Tag ihre Lage verschlechtern zu lassen, dazu haben auch sie keine Veranlassung.

Nicht unerwähnt kann auch das Verhalten der Christlichen bleiben. Diese Gesellschaft tritt schon wieder einmal Morgenluft und sieht den Zeitpunkt gekommen, sich den Herren Arbeitgebern als die getreuen Arbeiter zu empfehlen. In einem „törichtlichen“ Laborat zern sie über den von ihnen schon im voraus empfundenen Ausgang des Kampfes und erklären feierlich, daß sie mit der Geschichte nichts zu tun haben. Als ob dies nicht schon längst alle Welt wüßte! Wo haben sie denn außer alten Männer- und Gesellenvereinen Mitglieder, und diese kommen doch nirgends in Betracht. Wenn man bei der Gesellschaft Scham voraussetzen könnte, dann könnte man sie ja erinnern, daß voriges Jahr, als der Arbeitgeberverband dem Deutschen Metall- und Holzarbeiter-Verband gegenüber Verhandlungen davon abhängig machte, daß die Kündigungen der Christlichen zurückgezogen werden müßten, diese Organisation antworteten, daß ihnen so etwas nicht einfiele, im Gegenteil, sie würden auch dort überall kündigen, wo die Christlichen kündigen, mögen die Gegenstände noch so groß sein, aber um ein Einjüngerecht des Arbeiterrats kaufen eben die Freien eine Verhandlung auch nicht im Schlafe. Da wir aber von vornherein wußten, welchen Standpunkt diese Herren einnehmen, so konnte ihr Schmerzensschrei uns auch nicht schrecken. Im Gegenteil, je mehr sie sich als die patentierten gelben Gewerkschaften entpuppen, um so schneller wird sich jeder anständige Arbeiter mit Gel vor ihnen abwenden.

Die Arbeiterschaft allerorts wird aufgefordert, unter allen Umständen den Zugang von Metallarbeitern aller Branchen vom gesamten Schwarzwald fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 9. Juni der 24. Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 15. Juni 1907 fällig ist.

Die Ortsverwaltungen, Geschäftsführer und Reisegezahlter werden wiederholt darauf hingewiesen, daß die Mitglieder derjenigen Verbände, mit denen der Verband in einem Vertragsverhältnis steht, im Wirkungskreis der kontaktierenden Verbände Reiseunterstützung nur dann beziehen können, wenn sie in ihrem bisherigen Verband noch nicht ausgezahlt waren, bevor sie den Wirkungskreis des kontaktierenden Verbandes betraten. Die Höhe der Unterstützung sowie die Bezugsdauer richtet sich nach den Statuten des Verbandes, in dessen Wirkungskreis die Mitglieder gerade reisen. Eine Umrechnung der Münzforte des einen Landes in die des anderen Landes findet nicht statt. Die in beiden Ländern erhobenen Beiträge werden nach ihrem Zahlenwert zusammengerechnet und stellen in diesem die Summe in der Münze des Landes dar, in dem das betreffende Mitglied gerade reist.

Ein auf der Reise befindliches Mitglied behält das Mitgliedsbuch seines bisherigen Verbandes auch während seiner Reise im Wirkungskreis des anderen Verbandes. Ein Übertritt von einem zum anderen Verband ist solange als sich das Mitglied auf der Reise befindet, also in keinem Arbeitsverhältnis steht, nicht zulässig. Der Übertritt von einem zum anderen Verband erfolgt nach Beendigung der Reise oder bei noch nicht bezugsberechtigtem Mitgliedern, sobald sie sich in einem Arbeitsverhältnis befinden, kostenlos. Dem übertretenden Mitglied ist das Mitgliedsbuch seines bisherigen Verbandes abzunehmen und dafür ein solches des Verbandes auszustellen, in dessen Wirkungskreis sich das betreffende Mitglied gerade befindet.

In das auszufertigende Mitgliedsbuch sind Personalien, Tag des Eintritts sowie die Daten über die Beitragsleistungen und Unterstützungsbezüge genau einzutragen. Den übertretenden Mitgliedern wird die Zeit ihrer Zugehörigkeit zum bisherigen Verband im anderen Verband angerechnet und sie treten bei entsprechender Dauer derselben in die von letzterem zu gewährenden Rechte.

Ausgeschlossen werden nach § 3 Abs. 5 des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Aischaffenburg**:
 - Der former Franz Haber, geb. am 1. Januar 1890 zu Weilbach, Lit. A. Buch-Nr. 92413;
 - Der former Valentin Haber, geb. am 3. Januar 1888 zu Weilbach, Buch-Nr. 913831;
 - Der former Johann Fischbach, geb. am 31. Oktober 1883 zu Schwiebus, Buch-Nr. 913835;
 - Der former Heinrich Karl, geb. am 22. August 1853 zu Auden-schneida, Buch-Nr. 639417, sämtlich wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Berlin**:
 - Der Arbeiter Anton Hochalski, geb. am 9. Mai 1856 zu Krottschin, Buch-Nr. 857829;
 - Der Arbeiter Paul Kernchen, geb. am 11. Februar 1872 zu Gmitzenhof, Buch-Nr. 748008;
 - Der Metallarbeiter Emil Neumann, geb. am 4. August 1865 zu Königsberg, Buch-Nr. 644449;
 - Der Metallarbeiter Reinhold Schatz, geb. am 31. Juli 1881 zu Neu-Ulm, Buch-Nr. 989795;
 - Der Arbeiter Karl Fürstehoff, geb. am 11. Oktober 1886 zu Trebbin, Buch-Nr. 797710;
 - Der Arbeiter Emil Hakemeier, geb. am 24. Dezember 1876 zu Siegfeld, Buch-Nr. 985061;

- Der Schlosser Georg Merckens, geb. am 30. Dezember 1875 zu Schmen, Buch-Nr. 415854;
 - Der Schlosser Erich Waer, geb. am 9. September 1887 zu Crusles-jowen, Buch-Nr. 993734;
 - Der Schlosser P. Udebar, geb. am 16. August 1883 zu Swine-münde, Buch-Nr. 849412;
 - Der Schlosser Karl Hartung, geb. am 28. Januar 1858 zu Berlin, Buch-Nr. 852104;
 - Der Schlosser Karl Kahlfeld, geb. am 15. Januar 1875 zu Raff, Buch-Nr. 419540;
 - Der Schlosser Gustav Fehow, geb. am 30. November 1861 zu Bornie, Buch-Nr. 852105;
 - Der Schlosser Alfred Bafker, geb. am 15. April 1868 zu Youmalich, Buch-Nr. 419536;
 - Der Schlosser Wilhelm Liebig, geb. am 23. Oktober 1872 zu Hüsberg, Buch-Nr. 993692;
 - Der Schlosser Alexander Scholl, geb. am 3. Februar 1877 zu Berlin, Buch-Nr. 843380;
 - Der Schlosser Karl Gwert, geb. am 14. Dezember 1884 zu Berlin, Buch-Nr. 570342;
 - Der Dreher Paul Lubrich, geb. am 28. November 1869 zu Berlin, Buch-Nr. 193901;
 - Der Dreher Otto Senf, geb. am 4. Oktober 1868 zu Berlin, Buch-Nr. 683941;
 - Der Dreher Hermann Vogt, geb. am 21. März 1856 zu Berlin, Buch-Nr. 192219;
 - Der Dreher August Bornemann, geb. am 15. September 1859 zu Kallies, Buch-Nr. 223175;
 - Der Dreher Adolf Hiltmann, geb. am 16. Oktober 1858 zu Berlin, Buch-Nr. 168917;
 - Der Dreher Karl Morawetz, geb. am 10. Januar 1881 zu Wollsdorf, Buch-Nr. 985884;
 - Der Dreher Georg Schumann, geb. am 9. Juli 1880 zu Mittel-Neuland, Buch-Nr. 934348;
 - Der Dreher Oskar Böhnke, geb. am 25. November 1866 zu Spandau, Buch-Nr. 190463;
 - Der Revolverdreher Rudolf Franke, geb. am 15. März 1877 zu Zeitz, Buch-Nr. 846661;
 - Der Schraubendreher Erwin Krug, geb. am 3. Januar 1887 zu Berlin, Buch-Nr. 641941;
 - Der Mechaniker Paul Gebl, geb. am 4. April 1887 zu Berlin, Buch-Nr. 990801;
 - Der Mechaniker Bernhard Laß, geb. am 3. März 1877 zu Berlin, Buch-Nr. 572292;
 - Der Mechaniker Karl Becker, geb. am 26. September 1886 zu Berlin, Buch-Nr. 763909;
 - Der Mechaniker Paul Keil, geb. am 22. Oktober 1861 zu Berlin, Buch-Nr. 857805;
 - Der Mechaniker Fritz Graulich, geb. am 9. Oktober 1872 zu Berlin, Buch-Nr. 860980;
 - Der Mechaniker Artur Ullrich, geb. am 18. Februar 1884 zu Berlin, Buch-Nr. 860981;
 - Der Mechaniker Otto Wellmann, geb. am 5. Juli 1873 zu Jwidau, Buch-Nr. 983950;
 - Der Mechaniker Richard Neumann, geb. am 12. Oktober 1879 zu ?, Buch-Nr. 987842;
 - Der Mechaniker Wilhelm Borchert, geb. am 23. Mai 1875 zu Berlin, Buch-Nr. 752968;
 - Der Mechaniker Oswald Vammel, geb. am 18. Oktober 1883 zu Dresden, Buch-Nr. 985621;
 - Der Mechaniker Paul Koppe, geb. am 4. März 1874 zu Berlin, Buch-Nr. 650188;
 - Der Mechaniker Karl Gienapp, geb. am 2. Februar 1888 zu Berlin, Buch-Nr. 983988;
 - Der Mechaniker Rudolf Müller, geb. am 12. April 1875 zu Habelschwerdt, Buch-Nr. 853531;
 - Der Mechaniker Wilhelm Freiheit, geb. am 8. Januar 1883 zu Berlin, Buch-Nr. 843362;
 - Der Mechaniker Julius Memmler, geb. am 13. Novbr. 1865 zu Wiesbaden, Buch-Nr. 993556;
 - Der Mechaniker Max Jaedel, geb. am 11. Mai 1867 zu Grollis, Buch-Nr. 850577;
 - Der Mechaniker Karl Lange, geb. am 18. Dezember 1854 zu Köhsl, Buch-Nr. 996895;
 - Der Mechaniker August Bierwirth, geb. am 23. Januar 1877 zu Wiesbaden, Buch-Nr. 985485;
 - Der Mechaniker Walter Müller, geb. am 14. Dezember 1882 zu Berlin, Buch-Nr. 574514;
 - Der Mechaniker Kurt Voigt, geb. am 11. März 1879 zu Gnefen, Buch-Nr. 981433;
 - Der Dreher Paul Gebl, geb. am 19. November 1880 zu Charlottenburg, Buch-Nr. 412788;
 - Der Dreher Hermann Kleinwächter, geb. am 12. April 1882 zu Sommerfeld, Buch-Nr. 993733;
 - Der Dreher Eugen Reumann, geb. am 7. März 1881 zu Berlin, Buch-Nr. 981373;
 - Der Dreher Hermann König, geb. am 20. September 1853 zu Galbe a. S., Buch-Nr. 466812;
 - Der Dreher Eduard Scheffler, geb. am 13. Oktober 1869 zu Berlin, Buch-Nr. 841900;
 - Der Dreher Ernst Priebe, geb. am 6. Dezember 1861 zu Köslin, Buch-Nr. 927237;
 - Der Dreher Hermann Rättemeyer, geb. am 10. Juli 1877 zu Hannover, Buch-Nr. 989850;
 - Der Kupferstecher Paul Merle, geb. am 12. Dezember 1874 zu Reckbergauhen, Buch-Nr. 982054;
 - Der Schmied Alexander Vormuth, geb. am 3. Mai 1870 zu Hplinken, Buch-Nr. 646589;
 - Der Schlosser Otto Sagow, geb. am 12. Juni 1880 zu Frauen-dorf, Buch-Nr. 989801;
 - Der Schlosser Ferdinand Deibel, geb. am 27. April 1882 zu Frankfurt a. M., Buch-Nr. 991570;
 - Der Schlosser Hermann Rehbach, geb. am 4. Dezember 1867 zu Mühlberg, Buch-Nr. 994133;
 - Der Schlosser Hermann Gallach, geb. am 5. Oktober 1882 zu Jürstenberg, Buch-Nr. 547109;
 - Der Schlosser Richard Löbe, geb. am 9. Dezember 1877 zu Prieros, Buch-Nr. 504945;
 - Der Arbeiter G. Eise, geb. am 16. November 1873 zu Baseluh, Buch-Nr. 986323;
 - Der Mechaniker Paul Wendt, geb. am 20. November 1870 zu Berlin, Buch-Nr. 191525;
 - Der Dreher Siegfried Sommerfeld, geb. am 12. Dez. 1887 zu Hohenalza, Buch-Nr. 993200;
 - Der Arbeiter Fritz Boyczak, geb. am 8. August 1888 zu Char-lottenburg, Buch-Nr. 983926, sämtlich wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungstelle in Bremerhaven:**
- Der Schiffbauer Rudolf Hahnkuper, geb. am 2. Oktober 1876 zu Hensburg, Buch-Nr. 966071, wegen Unterschlagung von Beitragsmarken.
- Auf Antrag der Verwaltungstelle in Cuxhaven:**
- Der Klempner Albert Henne, geb. am 24. Juni 1877 zu Ham-burg, Buch-Nr. 284626;
 - Der Klempner Wilh. Schwenf, geb. am 21. November 1873 zu Cuxhaven, Buch-Nr. 407522;
 - Der Justizkateur Max Otto, geb. am 25. Dezember 1888 zu Spandau, Buch-Nr. 701881, sämtlich wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungstelle in Dortmund:**
- Der Schlosser Wilh. Bollrinfer, geb. am 8. November 1887 zu Dortmund, Buch-Nr. 807688;
 - Der Schlosser Ferd. Schildmann, geb. am 1. April 1888 zu Dortmund, Lit. A. Buch-Nr. 985899;
 - Der Schlosser Karl Wellner, geb. am 6. Februar 1886 zu Langelsheim, Lit. A. Buch-Nr. 171669, sämtlich wegen Streikbruch.

unangenehmen Verhandlungsmodus herumzudrücken suchen. In einer ihrer ominösen „Erklärungen“ sagen sie: „Von der Einziehung eines Beraters wurde Abstand genommen, weil der hier in Betracht kommende Geschäftsführer oder Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nicht die Interessen der hiesigen Arbeiter vertritt. Ein großer Teil der hiesigen Metallarbeiter ist nicht in der Organisation, ein anderer Teil aber ist der despotischen Herrschaft dieser Führer und des Druckes, den sie ausüben, müde und möchte sich von ihnen befreien.“ — Solches Zeug wird alles „erklärt“, obwohl alle Welt weiß, daß das Gegenteil richtig ist. Es sind 82 Prozent der Arbeiter, wie das Verbot der Unternehmer, die Offenbacher Zeitung, berichtigend bringen mußte, organisiert, und in einzelnen Betrieben sogar bis 95 Prozent. Man will nur nicht mit der Organisation verhandeln, weil man nicht in der Lage ist, die Gründe, die der Organisationsvertreter für die gestellten Forderungen vorbringen wird, widerlegen zu können. Und es wäre doch gar zu schrecklich, wenn die die Weisheit in Erbpacht habenden Unternehmer von einem Vertreter der Arbeiter ad absurdum geführt würden. Doch der Deutsche Metallarbeiter-Verband braucht nicht um seine Anerkennung zu kämpfen. Ihm kommt es darauf an, daß für die Arbeiter etwas erreicht wird. Und um den Unternehmern Gelegenheit zu geben, zu zeigen, inwiefern sie den aufgestellten Wünschen der Arbeiter entgegenkommen wollen, erklärten sich die Arbeiter bereit, auch die von den Unternehmern vorgelegte Verhandlungsform unter dem Vorbehalt eines Unternehmers zu akzeptieren. Vorher richtete der Bezirksleiter, Kollege Schröder, noch einmal ein höfliches Schreiben an den Verband der Metallindustriellen, worin er unter Darlegung des ganzen Entwicklungsganges der Bewegung und Widerlegung einer Menge Unrichtigkeiten um eine persönliche unverbindliche Aussprache ersuchte. Selbst die Frankfurter Zeitung, die den Brief vollständig abdruckte, bemerkte dazu, daß sie nicht einsehen könne, was die Unternehmer abhalten könnte, dem Wünsche stattzugeben, wenn bei den Metallindustriellen der Wille zu einer Verständigung vorhanden wäre. Nun, die Frankfurter Zeitung hatte sich getäuscht. Die Unternehmer haben auch diese Zusammenkunft abgelehnt. Da inzwischen aber die Unternehmer ihre Bereitwilligkeit aussprachen, auf der Grundlage der gestellten Forderungen zu verhandeln, so stand nichts mehr im Wege. Am 21. Mai traten die beiden Kommissionen zusammen, um zu verhandeln. Nach dem Vorschlag der Unternehmer wurde von hinten angefangen. Wohin ihre Wünsche gehen, das zeigte ihr Vorschlag, die geforderten Arbeiterauschlüsse so zusammenzufassen, daß von uns zwei, zwei von den Christlichen und zwei „Gelebe“ vertreten sein sollten. Allerdings haben die Herren sich schnell überzeugt, daß es so nicht geht und den Vorschlag zurückgezogen. Er wäre auch nicht ausführbar, auch dann nicht, wenn die Arbeiter so besagte gewesen wären und ihn akzeptiert hätten. In manchen Betrieben wären nämlich keine „Gelebe“ und auch keine „Christlichen“ auszureiben gewesen. Das Ende der Verhandlungen ist noch nicht abzusehen. Doch sehen die Arbeiter dem Ergebnis mit Ruhe entgegen. Sie waren auf einen langen Kampf gerüstet und werden ansharren. Die Stimmung ist eine vorzügliche, wie in jeder Streikversammlung beobachtet werden kann.

Sollingen. Zum Streik bei der Firma Gottlieb Hammesfahr läßt sich berichten, daß trotz aller Bemühungen des Firmeneinhabers, Ersatz herbeizuschaffen, die Situation immer günstiger für die Streikenden geworden ist. Waren es am Anfang nur die Schlägereiarbeiter und Schlosser, die die Arbeit niederlegten, so hat sich inzwischen der Kampf in der Weise zugespielt, daß Hammesfahr durch sein Verhalten, daß die übrigen Arbeiter Streikarbeit leisten sollten, nur erreichte, daß diese die Arbeit verweigerten. Die Folge war gewöhnlich die Kündigung dieser Arbeiter, denen sich dann, je nach den Verhältnissen, einzelne Abteilungen ganz angeschlossen. Dann aber auch haben sich im Laufe der Zeit die „Heimarbeiter“ dem Streik angeschlossen und Hammesfahr dadurch in eine sehr üble Lage gebracht, so daß seine Produktion auf den „Nullpunkt“ gesunken ist. Das trägt dazu bei, daß infolge des Arbeitsmangels sogar solche Leute aus dem Betrieb laufen, die — sonst nicht „rausgeschlagen“ gewesen wären und die bisher vergeblich zum Anschluß an die Organisation aufgefordert worden waren. Leider lassen sich noch immer Leute durch Injunkte verlocken, hier anzufangen; namentlich aus dem Wuppertal, speziell aus Bohnwinkel. Für die Arbeitswilligen bedeutet aber die Annahme der Arbeit geradezu eine Gefahr. Ihre Unterweisung in den Spezialarbeiten geschieht nur mangelhaft und so wird es verständlich, daß in der letzten Woche der Arbeitswillige Schade an der Eigentümerpresse ein Fingerglied verlor. Derartige Unfälle sind bei Hammesfahr nichts seltenes. Möglich ist, daß Hammesfahr, wie schon bisher, in Thüringen, vielleicht auch in Böhmen, wo er in Nitzdorf eine Filiale besitzt, Arbeitswillige anzuwerben versucht. In Thüringen war es ein gewisser Rißmann, der in der Umgebung von Schmalkalden, in Broterode u. s. w. diese Wandervergewalt verführte. Am Orte selbst ist die Situation noch insoweit bezeichnend, als die Synagoge vollständig auf Seiten der Streikenden ist und wenig oder gar keine Arbeitswilligen zu verzeichnen sind. Der Kampf ist aber deshalb ein so langer und schwieriger, weil Hammesfahr als Großfabrikant über Mittel verfügt, die es ihm am Anfang möglich erscheinen ließen, die Arbeiter niederzuringen. Die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiter hat ihm aber einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht und es steht schließlich zu erwarten, daß über kurz oder lang eine Verständigung zustande kommt, wenn die Konkurrenz nicht Hammesfahr vollständig kassieren soll. Neuerdings scheint es, als wenn Hammesfahr verstanden wollte, „jugendliche Arbeitskräfte“ irgendwo in größerem Maßstab heranzuziehen. Die Kollegen werden ersucht, allenthalben etwaigen Injunkte die größte Aufmerksamkeit zu schenken, in deren Stahlwarenarbeiter gesucht werden und möglichst schnelle Mitteilung hierher gelangen zu lassen.

Enthl. Eine edle Dreifaltigkeit besitzt der Schlosser Sr. Albrecht, früher Mitglied unseres Verbandes. Im Herbst 1904 wurde er zu einer Konferenz delegiert. Bei dieser Gelegenheit erhob er für einen ganzen Tag Reisepfeifen und entgangenen Arbeitsverdienst, obwohl er nur einen halben Tag veräußert und auf der Reise gewesen war. Bei einer anderen Gelegenheit erhob er Reiseunterstützung, obwohl er nicht auf der Reise war, um sich Arbeit zu suchen, sondern um in eigener Werkstatt angefertigte Waren abzugeben. Als dies seinerzeit nachbar wurde, meldete sich der Braue vom Verband ab. Ein Kollege, der dieses einem anderen erzählte, wurde vor den Redibizitiert. Leider ließ sich der verlagte Kollege auf eine Einigung ein, so daß er, obwohl er nur die Wahrheit gesagt, die nicht unbedeutlichen Kosten zu tragen hat. Der Verband wartet jedoch heute noch auf das ihm zu Unrecht entzogene Geld.

Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Der Streik der Bäcker in Groß-Berlin ist am 28. Mai in einer von etwa 2000 Bäckergehilfen besuchten Versammlung mit 1900 gegen 4 Stimmen beschlossen worden. Den unmittelbaren Anlaß zu dieser Bewegung bot der paritätische Arbeitsnachweis, der in dem vor etwa Jahresfrist abgeschlossenen kollektiven Arbeitsvertrag mit vorgelesen war. Ferner forderten die Gesellen einen freien Tag in der Woche und genaue Innehaltung des Tarifvertrags. Dies gilt besonders von der Bestimmung, wonach die Gesellen nur noch auf eigenen Wunsch Kost und Logis im Hause des Meisters erhalten sollten. Viele Meister stellten dagegen nur unter der Bedingung Gesellen ein, daß sie bei ihren Kost und Logis nähmen. Die Folge war die Benachteiligung der Gesellen, die einen eigenen Haushalt führten. Nun wollten wiederum noch die Meister den einzutrübenden paritätischen Arbeitsnachweis so gestalten, daß er noch schlechter wurde, als der bereits bestehende Nachweis der Innung. Widerholte Versuche des Einigungsamtes und des Berliner Oberbürgermeisters Kirschner wurden von den Meistern in proziger Weise zurückgewiesen. Die im Jahre 1904 von einer Anzahl tarifreifer Bäckermeister gegründete „Freie Vereinigung“ beschloß dagegen, vor dem Einigungsamt zu verhandeln. In der ersten Sitzung, die am

10. Mai abgehalten wurde, kam es zur Einigung über folgende Punkte: Vollständige Befestigung von Kost und Logis im Hause des Meisters; Ausnahmen sind nur zulässig, wenn Verwandte des Meisters bei ihm arbeiten. — Der Mindestlohn beträgt 23 Mk., für verantwortliche Posten und Gesellen in Großbetrieben entsprechend mehr. Aushilfen werden mit 4,50 Mk. täglich, verantwortliche Arbeiter entsprechend höher bezahlt. Jede Überstunde ist mit 60 Pf. zu vergüten. — Die Arbeitszeit beträgt einschließlich der Pausen in Kleinbetrieben 12, in Großbetrieben 10 Stunden. — Der paritätische Arbeitsnachweis wird anerkannt, ebenso die Gehaltsstafel des Verbandes. Diese Punkte enthalten im wesentlichen das, was schon nach dem Vertrag, der 1905 mit den Innungen abgeschlossen wurde, gelten sollte, aber von den meisten Innungsmeistern nicht gehalten worden ist. Von den Meistern der Freien Vereinigung sollen diese Bedingungen bisher schon innegehalten worden sein, auch ein paritätischer Arbeitsnachweis besteht für sie bereits. Bezüglich des Hauptpunktes der Lohnbewegung, der einzigen neuen Forderung, nämlich der Gewährung eines freien Tages in jeder Woche, konnte eine Verständigung nicht erzielt werden. Am 14. Mai folgte deswegen das Einigungsamt folgenden Schiedspruch: „1. Die Parteien haben sich am 10. Mai 1907 vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichtes über ihre Vorschläge für einen neuen Tarif geeinigt mit Ausnahme der Forderung der Gesellen, einen wöchentlichen Ruhetag zu gewähren, und mit Ausnahme der Bestimmung über die Dauer des zukünftigen Vertrags. 2. Bezüglich dieser beiden Streitpunkte wird bestimmt: a) Es ist jedem bei Herstellung von Backwaren beschäftigten Arbeiter eine ununterbrochene 36stündige Ruhepause zu bewilligen, und zwar: 1. Jede Woche bei Betrieben mit 5 und mehr Gesellen beziehungsweise Arbeitern. 2. Alle zwei Wochen bei Betrieben mit 3 und 4 Gesellen beziehungsweise Arbeitern. 3. Alle vier Wochen bei Betrieben mit 1 und 2 Gesellen beziehungsweise Arbeitern. b) Wenn eine Firma mehrere Bäckereien betreibt, so sind behufs Feststellung der Ruhepausen in Gemäßheit der Bestimmungen zu a) 1, 2 und 3 die sämtlichen bei der Herstellung der Backwaren beschäftigten Personen zusammenzuzählen. Das Einigungsamt hat auf Antrag der Parteien den Zeitpunkt zu bestimmen, von dem ab die Ruhepausen zu gewähren sind. c) Diejenigen Bäckermeister, die der Tarifgemeinschaft beitreten wollen, haben dies dem Gewerbegericht anzuzeigen. Der neue Tarif soll mit dem 1. Juli 1907 in Kraft treten. Der Vertrag soll, falls er nicht bestimmungsgemäß geltend gemacht wird, bis zum 1. Mai 1910 gelten. d) Für den Fall, daß in einem Betrieb günstiger Bedingungen wie die hier vereinbarten bestehen, sollen diese auch fernerhin Geltung behalten.“

Nach demselben Tage fand eine Versammlung der Gesellen statt, die nach lebhafter Debatte sich durch Mehrheitsbeschluß mit dem Schiedspruch einverstanden erklärte. Der „Freien Vereinigung“ sagte der Schiedspruch jedoch nicht. Sie lehnte ihn ab. Jedoch hatten bereits am 27. Mai 118 Bäckermeister die Forderungen bewilligt. Diese beschäftigten 432 Gesellen, 8 Lehrlinge, 12 Konditorien, 92 Hausbäcker und Kuchner. Wie schon bemerkt, wurde am 28. Mai der Streik in einer von 2000 Bäckern besuchten Versammlung mit 1900 gegen 4 Stimmen beschlossen. In Betracht kommen in Groß-Berlin 2707 Betriebe mit rund 5000 Gesellen. — Zu derselben Zeit tagte auch eine „Brotstreikerversammlung der meistertreuen Gesellen“. An dieser „Mieserversammlung“ beteiligten sich — 86 Mann. Wenn die Berliner Brotstreiker von dieser Gesellschaft abhängig wären, müßten sie freilich elend verhungern. — Nach neueren Nachrichten befanden sich am 31. Mai etwa 3800 Gesellen im Streik. Bewilligt hatten 535 Meister mit 1100 Gesellen.

Zur Ausperrung in Berliner Baugewerbe. Es bestätigt sich, daß die Ausperrung lange nicht so großen Umfang angenommen hat, wie sie nach den Absichten der Scharfmacher haben sollte. Es ist höchstens ein Drittel der beschäftigten Zahl ausgesperrt worden. Es war natürlich keine leichte Sache, in den ersten Tagen der Ausperrung eine genaue Übersicht über deren Umfang zu erlangen. Am 25. Mai waren im ganzen an ausgesperrten, freitenden und arbeitslosen Maurern vorhanden 4912, desgleichen an Zimmerern 1810, Baugewerksarbeitern 3700, zusammen also 10472. Wenn natürlich auch schon viele abgereist sind, so zeigt sich doch, daß die Macht der Scharfmacher im Berliner Baugewerbe noch nicht so weit geht, wie man nach ihren bombastischen Erklärungen annehmen sollte. Am 26. Mai beschloß die Arbeiter in vier großen Versammlungen, einen Gegenstoß zu unternehmen und auf den Bauten, wo noch gearbeitet wurde, Forderungen auf achteinhalbstündige Arbeitszeit und 85 Pf. Stundenlohn einzureichen. Wo diese Forderungen nicht bewilligt wurden, sollte dann die Arbeit niedergelegt werden. Diese Maßnahme erfolgte deswegen, weil die Arbeiter dahinter gekommen waren, daß mancher Unternehmer nur aus dem Grunde noch nicht ausgesperrt hatte, daß er dringende Bauten fertigstellen hatte. Ende Mai waren jedoch 1600 Maurer schon wieder in Arbeit.

Auch in Chemnitz stehen 1887 Maurer im Streik. Außerdem sind bereits 556 abgereist. **Streik der Seeleute.** Am 21. Mai beschloß eine von etwa 1200 Seeleuten besuchte Versammlung in Hamburg, sofort in den Streik zu treten. Der Vorstand des Verbandes der Seeleute hat schon am 1. April den Verein Hamburger Reederei und Verhandlungen über das Lohn- und Arbeitsverhältnis erjagt. Die Reederei haben jede Verhandlung abgelehnt. Am 30. Mai hat der Verbandsvorstand ein erneutes Ersuchen um Verhandlungen an die Reederei gerichtet und diesem Ersuchen ist nun durch den Streik der entsprechenden Nachdruck gegeben worden, um die Reederei zu Verhandlungen geneigt zu machen. Die Seeleute verlangen, daß die Feuererhöhung vom vorigen Jahre tariflich festgelegt wird. Die Überstunden sollen sowohl im Hafen wie auch auf See mit je 50 Pf. vergütet werden. Ferner verlangen sie Regelung des Überstunden-, des Beförderung-, des Ankerungsprozesses und des Wachsystems. Viele Seeleute mußten Hunderte von Überstunden machen, wofür sie nichts bezahlt erhielten. Es kommt vor, daß Seeleute 15, 16 und 18 Stunden arbeiten müssen, wofür sie keine Überstunden bezahlt bekommen. Der Streik umfaßt das gesamte Deck- und Maschinenpersonal. Ausgeschlossen von dem Streik sind die Mannschaften der Fischdampfer, der Schiffs- und Leichterschiffe, die Köche und Stewards sämtlicher Schiffe, mit Ausnahme der Zwischendeck-Stewards, die zu Deckarbeitern herangezogen werden können. In einigen Häfen des Ostseebereichs besteht der Streik schon seit Anfang Mai. Dort wurde die Erhöhung der Monatslohn von 60 auf 65 Mk., für transatlantische Fahrt auf 70 Mk. gefordert, außerdem 50 Pf. für jede Überstunde und ähnliche weitere Forderungen, wie bereits oben erwähnt. In Rostock und Wismar kam es zu einer Einigung. Am 23. Mai wurde ebenfalls in Bremen der Streik proklamiert. Er erstreckt sich namentlich auf Hamburg, Altona, Bremerhaven, Flensburg, Kiel, Apenrade, Lönning, Schleswig, Rendsburg, Memel, Königsberg und Danzig. Am 26. Mai kamen bereits 165 englische Streikbrecher an. Streikbrecherorganisationen sind nach allen Richtungen abgedandt worden. Galle niemanden auf die Lockungen dieser Sippschaft hinein! Gerade die Seeleute haben mit in erster Linie Anspruch darauf, daß ihre teilweise noch schauerhaften Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebessert werden.

Der achte Verbandstag des Zentralverbandes der Töpfer und verwandter Berufsgruppen fand vom 12. bis 16. Mai in Berlin statt. Anwesend waren 56 Delegierte. Nach dem Vorstandsbericht hatte der Verband im Jahre 1905 10941 Mitglieder, am Schluß des Jahres 1906 11718 Mitglieder. Im Laufe der beiden Jahre sind 5322 Mitglieder in den Verband aufgenommen worden, davon sind nur 1135 geblieben. Im übrigen war die Geschäftslage während der beiden Berichtsjahre äußerst günstig. Die Lohnbewegungen waren in beiden Jahren ebenfalls lebhaft. Der Vorstand hatte sich mit 456 Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen zu beschäftigen. Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung fanden im Jahre 1905 35 statt, die sämtlich erfolgreich waren. Daran beteiligt waren 4472 Mitglieder, die eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung um 2596 Stunden und eine Erhöhung des Lohnes von 5300 Mk. wöchentlich erreichten. 1906 fanden 72 solcher Bewegungen statt, an denen 2291 Mitglieder beteiligt waren, 3135 Stunden Arbeitszeitverkürzung und 5639 Mk. Lohnerrhöhung waren der Erfolg. Der Kassenbericht schließt mit einer Einnahme von 544626,87 Mk. ab; dem steht eine Ausgabe von 479877,84 Mk. gegenüber. Die Krankenversicherung erfordert in den beiden Jahren die

Summe von 70532 Mk. An Steuerunterstützung wurden 6548 Mk. ausbezahlt. Die Auflage des Verbandsorgans betrug im Jahre 1904 11400 und ist bis zum 1. April 1907 auf 13900 gestiegen. Aus dem Vorstandsbericht ist ferner noch hervorzuheben, daß der Vorstand von dem vorigen Verbandstag den Auftrag erhielt, Erhebungen über die Arbeitslosigkeit im Beruf anzustellen. Auf Grund dieser Erhebungen hält der Vorstand die Erwerbslosenunterstützung, das heißt Kranken- und Arbeitslosenunterstützung zusammengelegt, für am zweckmäßigsten. Die Beiträge müßten dann allerdings für jede Klasse erhöht werden. Außerdem kommt bei der Arbeitslosenunterstützung noch die Frage der Verschmelzung oder die Gründung eines Verbandes aller keramischen Arbeiter in Betracht. Die Sitzung, die deswegen mit dem Vertreter des Porzellanarbeiter-Verbandes stattfand, zeitigte ein Resultat, das die Verwirklichung dieses Planes wesentlich näher rückt. Nach langer Debatte wurde die Einführung der Arbeitslosenunterstützung jedoch mit 38 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Ferner wurden die Abänderungsanträge zum Unterstützungsstatut sämtlich abgelehnt. Ein Antrag, zunächst zwei besoldete Gauleiter anzustellen, wurde ebenfalls abgelehnt, dagegen wurde der Vorstand beauftragt, zum nächsten Verbandstag den Plan zu einer neuen Gaueninteilung vorzulegen, auf dessen Grundlage die Sache aufs neue beraten werden soll. Ferner wurde der Vorstand beauftragt, mit den Verbänden der Porzellanarbeiter und der Glasarbeiter Verhandlungen zwecks Verschmelzung anzubahnen.

Aus den Unternehmerverbänden.

Verband der Drahtindustriellen Deutschlands. Der schon oft wirksam gewesene günstige Wind hat uns nunmehr auch die Satzungen dieser am 1. März gegründeten Unternehmerorganisation auf den Tisch geweht. Wir drucken einige der schönsten Bestimmungen heraus ab. Freilich können wir uns den Abdruck des § 2, der vom „Zweck des Verbandes“ handelt, ersparen. Dieser Paragraph ist ungefähr wörtlich aus den Statuten anderer Scharfmacherorganisationen abgeschrieben: Es ist da unter anderem in der bekannten Weise von der „Herbeiführung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen den Verbandsmitgliedern und ihren Arbeitnehmern“ die Rede. § 4 handelt von den Pflichten der Verbandsmitglieder und lautet folgendermaßen:

Sämtliche Verbandsmitglieder sind auf Ehrenwort gebunden, mit Beginn eines Streiks oder einer Ausperrung bei einem oder mehreren Verbandsmitgliedern, während der ganzen Dauer des Streiks oder der Ausperrung keinen Arbeiter in ihren Verhältnissen zu beschäftigen, der zuvor in einem durch Streik oder Ausperrung betroffenen Betrieb tätig war. Gegebenenfalls kann der Vorstand die Geltung dieser Verpflichtung noch über die wirkliche Dauer des Streiks oder der Ausperrung hinaus verfügen. (Mit dieser Bestimmung können sich freilich die Herren leicht ins eigene Fleisch hauen. Red. d. Met.-Ztg.)

Partielle oder zeitliche auch von Nichtverbandsmitgliedern sind dem ersten Vorsitzenden des Verbandes sofort mitzuteilen. Der erste Vorsitzende hat diese Mitteilungen an die Verbandsmitglieder umgehend weiterzugeben. Die Verbandsmitglieder sind nach Erhalt dieser Nachricht verpflichtet, Arbeiter aus dem betreffenden Revier so lange nicht einzustellen, bis sie eine gegenteilige Nachricht von dem ersten Vorsitzenden erhalten haben. Selbst bei verspäteter Bekanntgabe sind die Verbandsmitglieder nach Erhalt der Nachricht verpflichtet, die bereits eingestellten Arbeiter aus dem Streikrevier innerhalb 24 Stunden wieder zu entlassen. Diejenigen Verbandsmitglieder, welche in ihren Betrieben noch keine gewisse Kündigungsfrist vorsehen haben, sind verpflichtet, innerhalb 24 Stunden die Stellung aufzukündigen. Das vom Streik betroffene oder ausperrnde Verbandsmitglied hat von dem Zeitpunkt dem ersten Vorsitzenden Mitteilung zu machen unter Beifügung der namentlichen Liste der freitenden oder ausperrtenden Arbeiter.

§ 7 Abs. 3 lautet:
Verbandsmitglieder, welche zur Zeit der Einberufung der Hauptversammlung in ihren Betrieben
bis zu 25 Arbeiter beschäftigen, haben 1 Stimme,
über 25 bis 75 „ „ „ 2 Stimmen,
75 bis 150 „ „ „ 3
und so fort für je 100 Arbeiter eine Stimme mehr. Maßgebend ist der Durchschnitt der durch die Aufstellung für die Berufsgenossenschaft sich ergebenden Gesamtarbeiterzahl des vorangegangenen Jahres.

§ 12. Jedes Verbandsmitglied hat einen Jahresbeitrag zu entrichten, dessen Höhe sich folgendermaßen bestimmt: pro berechtigte Stimme und pro Jahr sind 6 Mk. Beitrag pränumerando innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Benachrichtigung an den Kassenwart zu zahlen.

§ 13. Der Austritt aus dem Verband kann nur zum Schlusse des Kalenderjahres stattfinden, und zwar durch eine spätestens bis zum 1. Oktober mittels eingeschriebenen Briefes zu Händen des ersten Vorsitzenden des Verbandes einzureichende schriftliche Kündigung.

§ 15. Gegen Verbandsmitglieder, welche ihren satzungsgemäßen Verpflichtungen sowie den durch eine ordentliche oder außerordentliche Hauptversammlung oder den Vorstand beziehungsweise die Vertrauenskommission in rechtsverbindlicher Weise gefassten Beschlüssen nicht nachkommen, kann der Vorstand beziehungsweise die Vertrauenskommission folgende Strafen festsetzen: a) Verweis ohne Bekanntgabe an die Mitglieder des Verbandes, b) Verweis unter Bekanntgabe (auch der Gründe) an die Mitglieder des Verbandes, c) eine Geldstrafe bis zu 500 Mk., welche ohne Anrufung der ordentlichen Gerichte sofort vollstreckbar ist. Die Strafen können wiederholt festgesetzt werden, wenn innerhalb der vom ersten Vorsitzenden gestellten Frist das Verbandsmitglied den Beschlüssen nicht nachgekommen ist. Die eingezogenen Beiträge fließen zur Verbandskasse. Gegen die verhängten Strafen steht den Verbandsmitgliedern kein weiteres Rechtsmittel zu, als in § 17 vorgelesen.

§ 16. Wenn die vorbezeichneten Strafmittel erfolglos, so kann der Vorstand beziehungsweise die Vertrauenskommission die Ausschlussung aus dem Verband verfügen. Sobald über das Vermögen eines Verbandsmitglieds das Konkursverfahren eröffnet wird, ist der Vorstand berechtigt, das Verbandsmitglied ohne Aufschub auszuschließen.

Der § 17 handelt von der Berufung gegen Strafen, Ausschüsse und sonstige Anordnungen des Vorstandes oder der Vertrauenskommission. Das Geschäftsjahr ist nach § 18 das Kalenderjahr. Nach § 21 wollen die Drahtindustriellen für ihren Verband sogar die Rechtsfähigkeit erstreben. Großartige Gesetzeskenntnis hat der Verfasser dieser „Satzungen“. Wir sind aber überzeugt, daß diese neue Scharfmacherorganisation auch ohne Rechtsfähigkeit sehr wohl in der Lage sein wird, unseren Kollegen in der Drahtindustrie schweren Schaden zuzufügen, soweit sie sich noch nicht dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angeschlossen haben. Dies ist die Lehre, die die Arbeitererschaft aus diesen „Satzungen“ ziehen kann. Sind aber alle organisationsfähigen Drahtarbeiter dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angeschlossen, so können sie den Machenschaften ihrer Scharfmacher mit Ruhe entgegensehen. Darum, auch ihr Kollegen von der Drahtindustrie, hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Verbandsstag der technisch-industriellen Beamten.

Am 19. und 20. Mai fand in Berlin der zweite ordentliche Verbandsstag des Bundes der technisch-industriellen Beamten statt. Anwesend waren etwa 80 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands. Aus dem Tätigkeitsbericht über die letzten zwei Jahre ist zu erwähnen, daß der Bund im Jahre 1904 mit einem Bestand von 1630 Mitgliedern abschloß, die sich in den beiden folgenden Jahren auf 7682 vermehrten. Heute zählt der Bund 8000 Mitglieder. Die Zahl der Verwaltungshilfen liegt von 7 im Gründungsjahr auf 68 im Jahre 1906 und beträgt heute 84. Die gleiche Tendenz zeigte sich naturgemäß in der Vermehrung der Einnahmen, die 1904: 16143 Mk., Ende 1905: 37253 Mk. und Ende 1906 (unter Berücksichtigung des erhöhten Beitrags) 125673 Mk. betrug. Der Bund verfügt augenblicklich über einen Vermögensbestand von 90000 Mk.

